

**BRS TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT**

Prüfungsbericht

Kommunale Dienste Elbtalaue

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008

Inhaltsverzeichnis	Seite
Abkürzungsverzeichnis	4
A. Prüfungsauftrag	5
B. Grundsätzliche Feststellungen	6
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Werkleitung.....	6
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	7
D. Feststellungen zur Rechnungslegung.....	8
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.....	8
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
2. Jahresabschluss	8
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses.....	8
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	8
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen	8
3. Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	9
a) Ertragslage.....	9
b) Finanzlage.....	10
c) Vermögens- und Kapitalstruktur.....	11
E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG	12
I. Allgemeines	12
II. Wirtschaftsplanabwicklung	12
F. Abschließendes Prüfungsergebnis und Bestätigungsvermerk.....	14

Anlagen

- 1 Ergebnisrechnung
- 2 Finanzrechnung
- 3 Bilanz
- 4 Anhang
- 5 Rechenschaftsbericht
- 6 Anlagenübersicht
- 7 Schuldenübersicht
- 8 Forderungsübersicht
- 9 Rechtliche Verhältnisse
- 10 Erläuterungen zu den Posten des Jahresabschlusses
- 11 Fragenkatalog zur Prüfung gemäß § 53 HGrG

Abkürzungsverzeichnis

GemHKVO	Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung des Landes Niedersachsen
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
NGO	Niedersächsische Gemeindeordnung
NKR	Neue kommunale Rechnungslegung in Niedersachsen
PS	Prüfungsstandard des IDW
RdErl. MI Nds. vom 4.12.2006	Anwendungserlaß des niedersächsischen Innenministeriums zur Ausführung des seit dem 1.1.2006 geltenden Gemeindehaushaltsrechts gem. GemHKVO

A. Prüfungsauftrag

1. Der Eigenbetrieb Kommunale Dienste Elbtalaue erteilte uns im Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Lüchow-Dannenberg am 18. August 2009 den Auftrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 gemäß § 123 der NGO i.V.m. §§ 25 - 31 der Eigenbetriebsverordnung des Landes Niedersachsen zu prüfen.
2. Für die Haushaltswirtschaft des Eigenbetriebes gelten gemäß § 113 NGO die §§ 82 bis 101 NGO („Neues kommunales Haushaltsrecht“). Der Jahresabschluss besteht gemäß § 100 Abs. 2 und 3 NGO aus folgenden Teilen:
 - Ergebnisrechnung
 - Finanzrechnung
 - Bilanz
 - Anhang mit
 - Rechenschaftsbericht
 - Anlagenübersicht
 - Schuldenübersicht
 - Forderungsübersicht
 - Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen
3. Der Prüfungsauftrag umfasst gemäß § 25 EigBetrVO auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes gemäß § 53 HGrG.
4. Für die Durchführung des Auftrages sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002 vereinbart.
5. Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den vorliegenden Bericht, dem der geprüfte Jahresabschluss als Anlage beigelegt ist.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Werkleitung

6. Nachfolgend stellen wir zusammengefasst die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes durch die Werkleitung im Rechenschaftsbericht dar:
7. Der Eigenbetrieb beschäftigt 22 fest angestellte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für die Unterhaltungs- und Pflegearbeiten. Hinzu kommen in der Sommersaison noch 4 Aushilfskräfte. Die Verwaltungsaufgaben werden von vier Mitarbeitern erledigt (zwei Ganztags und zwei Teilzeit).
8. Die im Jahr 2007 eingeführte flexible Arbeitszeit hat sich positiv ausgewirkt. Die arbeitsvertraglich vereinbarte Arbeitszeit ist als „Sommerzeit“ vom 1. März bis 31. Oktober und als „Winterarbeitszeit“ vom 1. November bis 28. Februar angegeben und ist innerhalb der Rahmenarbeitszeit zu erbringen.
9. Die Aufgaben der maschinellen Straßenreinigung und des Bestattungswesens wurden dem Eigenbetrieb durch die Samtgemeinde Elbtalaue komplett übertragen, einschließlich des Satzungsrechts und der Kalkulation der Gebühren. Die unterschiedlichen Gebührensätze der Samtgemeinden Dannenberg (Elbe) und Hitzacker (Elbe) für das Bestattungswesen wurden nach der ersten gemeinsamen Gebührenkalkulation zum 1.1.2008 vereinheitlicht.
10. Die Erledigung der übrigen Aufgaben erfolgt durch die Beauftragung der Städte und der Gemeinden. Neben den Einzelaufträgen werden ca. 95 % der gesamten Aufträge über die mit den Fachdiensten und Mitgliedsgemeinden abgestimmten Daueraufträge einmal monatlich abgerechnet.
11. Im Haushaltsjahr 2008 wurde ein Jahresüberschuss von 23 T€ erzielt, dabei blieb der Personal-Stundensatz wie im Vorjahr auf 33,00 € festgelegt.
12. Die Investitionen des Jahres 2008 belaufen sich auf 151 T€, sie erfolgten überwiegend in den Fuhrpark (insbesondere wurden ein Traktor und ein Klein-LKW angeschafft).
13. Risiken (und Chancen) der zukünftigen Entwicklung bestehen vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage der Gemeinden im schwankenden Volumen der abgeforderten Leistungen, andererseits in der Fähigkeit, das angestrebte Einsparpotential zu erwirtschaften.
14. Die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes durch die Werkleitung einschließlich der dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis der Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung der Werkleitung dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

15. Gegenstand der Prüfung waren die Buchführung und der Jahresabschluss. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss tragen die gesetzlichen Vertreter des Betriebes. Aufgabe der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft war es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung einer Prüfung dahin gehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung beachtet worden sind.
16. Die Beurteilung der Angemessenheit des Versicherungsschutzes des Betriebes, insbesondere ob alle Wagnisse bedacht und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand des erteilten Auftrages zur Jahresabschlussprüfung.
17. Die Prüfung wurde im August 2009 im Verwaltungsgebäude der Samtgemeinde Elbtalau sowie abschließende Arbeiten in unserem Büro durchgeführt. Ausgangspunkt der Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31.12.2007.
18. Bei Durchführung der Prüfung wurden die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die in den Prüfungsstandards des IDW niedergelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach wurde die Prüfung problemorientiert so angelegt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, erkannt werden konnten. Gegenstand des Auftrages waren nicht die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Untreuehandlungen oder Unterschlagungen und außerhalb der Rechnungslegung begangene Ordnungswidrigkeiten. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung waren so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden. Die Verantwortung für die Vermeidung und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten liegt bei den gesetzlichen Vertretern und dem Werkausschuss des Betriebes.
19. Im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir uns zunächst einen aktuellen Überblick über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Betriebes verschafft. Darauf aufbauend haben wir ausgehend von der Organisation des Betriebes die Geschäftsrisiken bestimmt, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Durch Gespräche mit der Werkleitung und durch Einsichtnahme in Organisationsunterlagen des Betriebes haben wir anschließend untersucht, welche Maßnahmen der Betrieb ergriffen hat, um diese Geschäftsrisiken zu bewältigen. Das Prüfungsvorgehen wurde nach der Wesentlichkeit der im Jahresabschluss enthaltenen Posten bestimmt; es wurden deshalb hauptsächlich Plausibilitätsbeurteilungen und stichprobenweise Belegprüfungen vorgenommen.
20. Von der Werkleitung sowie von den beauftragten Mitarbeitern sind uns alle verlangten Aufklärungen und Nachweise erbracht worden. Die Werkleitung hat uns in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und im Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und alle erforderlichen Angaben gemacht sind.

D. Feststellungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

21. Das Belegwesen ist geordnet. Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften. Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und der IT-Systeme zu gewährleisten. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ist nach unseren Feststellungen grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung der Geschäftsvorfälle und die Vermögenssicherung zu gewährleisten.

2. Jahresabschluss

22. Die Bilanz, die Finanzrechnung und die Ergebnisrechnung wurden ordnungsmäßig aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die handelsrechtlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften eingehalten sowie die im RdErl. des MI v. 4.12.2006 erlassenen Muster beachtet. Bestandsnachweise lagen in erforderlichem Umfang vor.
23. Die im Anhang gemachten Angaben entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Dies gilt auch für die Anlagenübersicht, die Schuldenübersicht und die Forderungsübersicht, die nach den im RdErl. des MI v. 4.12.2006 erlassenen Mustern erstellt wurden. Der Rechenschaftsbericht vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Betriebes.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

24. Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebes.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen

25. Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sind im Anhang des Jahresabschlusses niedergelegt. Für die Beurteilung des Jahresabschlusses wesentliche ausgeübte Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sowie offensichtlich ausgeübte Ermessensspielräume liegen nicht vor.

3. Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

a) Ertragslage

	2008		2007		+/-
	T€	%	T€	%	T€
Öffentlich-rechtliche Entgelte	279	18,2	251	17,3	+ 28
Privatrechtliche Entgelte	1.100	71,7	1.140	78,6	- 40
Kostenerstattungen und -umlagen	139	9,1	51	3,5	+ 88
Zinserträge	5	0,3	0	0,0	+ 5
Übrige ordentliche Erträge	11	0,7	9	0,6	+ 2
Betriebliche Erträge	1.534	100,0	1.451	100,0	+ 83
Personalaufwand	1.144	74,6	1.087	70,9	+ 57
Sach- und Dienstleistungen	261	17,0	228	14,9	+ 33
Abschreibungen	88	5,7	85	5,9	+ 3
Zinsaufwand	25	1,6	26	1,7	- 1
Sonstige Aufwendungen	23	1,5	23	1,6	0
Betriebliche Aufwendungen	1.541	100,4	1.449	95,0	+ 92
Ordentliches Ergebnis	-7	-0,4	2	5,0	- 9
Außerordentliches Ergebnis	30	2,0	92	6,3	- 62
Jahresergebnis	23	1,6	94	11,3	- 71

26. Insgesamt wurde ein **Jahresüberschuss** von 23 T€ erzielt.
27. Die **öffentlich-rechtlichen Entgelte** betreffen die Friedhofs- und Straßenreinigungsgebühren. Sie sind um 28 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen.
28. Die **privatrechtlichen Entgelte** gingen um 40 T€ bzw. 3,5 % zurück. Sie wurden hinsichtlich der erbrachten Lohnstunden wie im Vorjahr mit einem Personalkostensatz von 33,00 € abgerechnet.
29. Die **Kostenerstattungen und Umlagen** stiegen insbesondere aufgrund der abgerechneten Hausmeistertätigkeiten an den Grundschulen Dannenberg, Breselenz und Prisser.
30. Der **Personalaufwand** stieg um 57 T€ bzw. 1,8 %, was auf die tarifliche Vergütungsanhebung, die Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeit und die Zahlung der Versorgungsrücklage zurückzuführen ist.
31. Die **Sach- und Dienstleistungen** stiegen aufgrund mehrerer Reparaturen an den LKW´s und am Containeranhänger sowie wegen zusätzlicher Maßnahmen an Friedhöfen und Kriegsgräbern.
32. Das **außerordentliche Ergebnis** ist hauptsächlich durch vereinnahmten Schadensersatz und periodenfremde Erträge geprägt.

b) Finanzlage

33. In der folgenden **Finanzrechnung** ist die Veränderung der flüssigen Mittel (- 221 T€) als Ergebnis der Mittelzu- und -abflüsse aller Betriebstätigkeiten dargestellt:

Finanzrechnung	2008	2007
	T€	T€
Einzahlungen aus Entgelten, Erstattungen und Umlagen	1.492	1.507
Zinseinzahlungen	5	1
Sonstige Einzahlungen	21	17
Auszahlungen für Personal	-1.138	-1.046
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-265	-267
Zinsauszahlungen	-52	-16
Sonstige Auszahlungen	-14	-21
Zahlungsfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	+ 49	+ 175
Erhaltene Zuwendungen	5	0
Einzahlungen aus Anlageabgängen	10	11
Sonstige Einzahlungen	0	0
Auszahlungen für Investitionen	-244	-88
Zahlungsfluss aus Investitionstätigkeit	- 229	- 77
Darlehnsaufnahmen	0	0
Darlehnstilgungen	-41	0
Zahlungsfluss aus Finanzierungstätigkeit	-41	0
Veränderung der flüssigen Mittel	- 221	+ 98
Flüssige Mittel am Jahresanfang	279	181
Flüssige Mittel am Jahresende	58	279

34. Die Investitionen und Darlehnstilgungen konnten zum Teil durch den Zahlungsfluß aus laufender Verwaltungstätigkeit finanziert werden. Der darüber hinaus bestehende Finanzbedarf wurde durch die Verringerung der flüssigen Mittel um 221 T€ gedeckt.

c) Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008		31.12.2007		+/-
	T€	%	T€	%	T€
Aktivseite					
Sachvermögen	1.298	82,4	1.249	72,7	+ 49
Langfristig gebundenes Vermögen	1.298	82,4	1.249	72,7	+ 49
Kurzfristige Forderungen	220	14,0	191	11,1	+ 29
Flüssige Mittel	58	3,6	279	16,2	- 221
	1.576	100,0	1.719	100,0	- 143
Passivseite					
Nettoposition	895	56,8	877	51,0	+ 18
Darlehen	557	35,3	624	36,3	- 67
Langfristig verfügbare Mittel	1.452	92,1	1.501	87,3	- 49
Rückstellungen	81	5,1	49	2,9	+ 32
Kurzfristige Verbindlichkeiten	43	2,7	169	9,8	- 126
	1.576	100,0	1.719	100,0	- 143

35. Der Anteil der Nettoposition an der Bilanzsumme beträgt gute 57 %. Das langfristig gebundene Vermögen (1.298 T€) ist vollständig mit langfristig zur Verfügung stehenden Mitteln (1.452 T€) finanziert.
36. Der Wertansatz des **Sachvermögens** hat sich durch umfangreiche Investitionen, hauptsächlich in den Fuhrpark, um 49 T€ erhöht.
37. Die **flüssigen Mittel** haben sich aufgrund der getätigten Investitionen um 221 T€ vermindert.
38. Die **Nettoposition** erhöhte sich um 18 T€ auf 895 T€. Ursächlich war der Jahresüberschuss 2008 in Höhe von 23 T€ und eine erhaltene Investitionszuweisung in Höhe von 5 T€ bei Auflösung des Sonderpostens für Gebührenaussgleich um 10 T€.
39. Die **Darlehen** wurden mit 67 T€ getilgt.
40. Die **Rückstellungen** erhöhten sich aufgrund des Zuführungsbetrages für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 35 T€.
41. Die **kurzfristigen Verbindlichkeiten** verminderten sich aufgrund des geringeren Stichtagbetrages der Liefer- und Leistungsschulden (37 T€, Vorjahr 146 T€).

E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

I. Allgemeines

42. Auftragsgemäß haben wir unsere Prüfung auch auf die Sachverhalte des § 25 Abs. 1 S. 2 Eig-BetrVO erstreckt, dies sind:
- die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung,
 - die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage, der Liquidität, der Rentabilität und ob der Betrieb wirtschaftlich geführt wird,
 - Verlust bringende Geschäfte und die Ursachen von Verlusten, wenn diese sich nicht nur unerheblich auf die Vermögens- und Ertragslage ausgewirkt haben,
 - die Ursachen eines Jahresfehlbetrages.
43. Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Abschnitt sowie in der Anlage 11 (Fragenkatalog gemäß IDW Prüfungsstandard 720) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

II. Wirtschaftsplanabwicklung

44. Als Maßstab für die wirtschaftliche Führung des Betriebes kann insbesondere die Abwicklung des Wirtschaftsplanes herangezogen werden. Nachfolgend sind die Ansätze der Ergebnisplanung den tatsächlichen Ergebnissen gegenübergestellt:

Ergebnisplan	Soll	Ist	Abweichung
	T€	T€	T€
Erträge			
öffentlich-rechtliche Entgelte	270	279	+ 9
privatrechtliche Entgelte	1.200	1.100	- 100
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	27	139	+ 112
Zinserträge	1	5	+ 4
Auflösung von Sonderposten	0	11	+ 11
	1.498	1.534	+ 36
Aufwendungen			
Aufwendungen für aktives Personal	1.030	1.144	+ 114
Aufwendungen für Versorgung	66	0	- 66
Sach- und Dienstleistungen	257	261	+ 4
Abschreibungen	100	88	- 12
Zinsaufwendungen	32	25	- 7
Sonstige ordentliche Aufwendungen	13	23	+ 10
	1.498	1.541	+ 43
Ordentliches Jahresergebnis	0	-7	- 7
Außerordentliches Jahresergebnis	0	30	+ 30
Jahresergebnis	0	23	+ 23

45. Das geplante ausgeglichene Jahresergebnis wurde unter Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses überschritten (23 T€), das angestrebte ordentliche Jahresergebnis von 0 T€ wurde mit – 7 T€ nicht ganz erreicht.
46. Abweichungen ergaben sich insbesondere bei den privatrechtlichen Entgelten (- 100 T€) und den Kostenerstattungen und –umlagen (+ 112 T€). Diese Abweichungen heben sich zusammengenommen nahezu auf und beruhen darauf, daß die Vergütungen für Hausmeistertätigkeiten nicht bei den privatrechtlichen Entgelten, sondern bei den Kostenerstattungen und –umlagen gezeigt werden müssen.
47. Eine ähnliche Verschiebung ergibt sich zwischen den Aufwendungen für aktives Personal (+ 114 T€) und für Versorgung (- 66 T€). Hier waren die VBL-Beiträge (62 T€) nicht bei den Aufwendungen für Versorgung, sondern beim Aufwand für aktives Personal zu zeigen. Daneben führte auch die Umlage zur Versorgungsrücklage (19 T€) und die Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeit (35 T€) zu einer Aufwandserhöhung.
48. Das außerordentliche Ergebnis ist nicht planbar und weist vorliegend einen Überschuß von 30 T€ auf.

F. Abschließendes Prüfungsergebnis und Bestätigungsvermerk

Buchführung

49. Die Bücher des Eigenbetriebes sind ordnungsgemäß geführt. Die Belege sind ordnungsmäßig angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Jahresabschluss

50. Der Jahresabschluss wurde richtig aus den Büchern entwickelt. Er entspricht nach Form und Inhalt den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere den Formblättern der GemHKVO. Die verlangten Aufklärungen und Nachweise hat die Werkleitung erbracht.

Wirtschaftliche Verhältnisse

51. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet. Der Anteil der Nettoposition an der Bilanzsumme beträgt gute 57 %. Das langfristig gebundene Vermögen (1.298 T€) ist vollständig mit langfristig zur Verfügung stehenden Mitteln (1.452 T€) finanziert.
52. Die Investitionen konnten vollständig durch eigene Mittel finanziert werden, Darlehnsaufnahmen waren nicht erforderlich.
53. Insgesamt wurde ein Jahresüberschuß von 23 T€ erzielt. Dabei hat sich das ordentliche Ergebnis von + 2 T€ im Vorjahr auf - 7 T€ im Haushaltsjahr 2008 verschlechtert. Lediglich durch das positive außerordentliche Ergebnis in Höhe von 30 T€ ergibt sich ein insgesamt positives Jahresergebnis.

Lagebeurteilung

54. Risiken (und Chancen) der zukünftigen Entwicklung bestehen vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltsslage der Gemeinden im schwankenden Volumen der abgeforderten Leistungen.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Für den Jahresabschluss zum 31.12.2008 haben wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Der Jahresabschluss und die Buchführung des Eigenbetriebes Kommunale Dienste Elbtalaue für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Entwicklung der Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität geben zu Beanstandungen keinen Anlass. Der Eigenbetrieb wird wirtschaftlich geführt.“

Hannover, den 2. September 2009

BRS Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bargsten
Wirtschaftsprüfer

Ergebnisrechnung der Kommunalen Dienste Elbtalau

Ergebnisrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres 2007 -Euro- 2	Ergebnis des Haushaltsjahres 2008 -Euro- 3	Ansätze des Haushaltsjahres 2008 -Euro- 4	mehr(+) weniger(-) -Euro- 5	aus Spalte 5 nicht bewilligte über-/außerplanmäßige Aufwendungen -Euro- 6
1					
Ordentliche Erträge					
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	9.191,81	10.983,67	0,00	10.983,67	
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte	251.411,94	279.148,37	270.000,00	9.148,37	
6 Privatrechtliche Entgelte	1.139.512,37	1.099.446,29	1.200.000,00	-100.553,71	
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	50.681,68	138.677,28	27.000,00	111.677,28	
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	420,97	5.441,95	1.000,00	4.441,95	
9 Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
11 sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
12 Summe ordentliche Erträge	1.451.218,77	1.533.697,56	1.498.000,00	35.697,56	
Ordentliche Aufwendungen					
13 Aufwendungen für aktives Personal	1.086.966,15	1.143.699,79	1.096.000,00	47.699,79	
14 Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	228.591,70	261.503,66	257.500,00	4.003,66	
16 Abschreibungen	84.785,83	87.909,93	100.000,00	-12.090,07	
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.292,92	25.424,42	32.000,00	-6.575,58	
18 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.244,43	22.666,67	12.500,00	10.166,67	
20 Summe ordentliche Aufwendungen	1.449.881,03	1.541.204,47	1.498.000,00	43.204,47	
21 Ordentliches Ergebnis (Summe ordentl. Erträge abzgl. Summe ordentl. Aufwendungen ohne Zeile 20)	1.337,74	-7.506,91	0,00	-7.506,91	
22 Außerordentliche Erträge	115.376,78	49.980,14	0,00	49.980,14	
23 Außerordentliche Aufwendungen	22.924,39	19.321,45	0,00	19.321,45	
24 Außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzgl. außerordentliche Aufwendungen ohne Zeile 25)	92.452,39	30.658,69	0,00	30.658,69	
Jahresergebnis (Saldo aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	93.790,13	23.151,78	0,00	23.151,78	

Finanzrechnung der Kommunalen Dienste Elbtalau

Finanzrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres 2007 -Euro- 2	Ergebnis des Haushaltsjahres 2008 -Euro- 3	Ansätze des Haushaltsjahres 2008 -Euro- 4	mehr(+) weniger(-) -Euro- 5	aus Spalte 5 nicht bewilligte über-/außerplanmäßige Aufwendungen -Euro- 6
1					
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
1 Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00	
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen		0,00	0,00	0,00	
3 Sonstige Transfereinzahlungen		0,00	0,00	0,00	
4 Öffentlich-rechtliche Entgelte	300.931,85	267.065,35	270.000,00	-2.934,65	
5 Privatrechtliche Entgelte	1.170.357,06	1.120.992,73	1.200.000,00	-79.007,27	
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	36.357,56	103.489,94	27.000,00	76.489,94	
7 Zinsen und ähnliche Einzahlungen	420,97	5.441,95	1.000,00	4.441,95	
8 Einz.aus d. Veräußerung geringw.Verm.gegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	
9 Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	17.313,60	20.825,95	0,00	20.825,95	
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.525.381,04	1.517.815,92	1.498.000,00	19.815,92	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11 Auszahlungen für aktives Personal	1.046.214,52	1.138.208,77	1.096.000,00	42.208,77	
12 Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	
13 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	266.851,32	265.001,48	270.000,00	-4.998,52	
14 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	15.942,19	51.588,03	32.000,00	19.588,03	
15 Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
16 Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	20.711,10	14.265,85	0,00	14.265,85	
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.349.719,13	1.469.064,13	1.398.000,00	71.064,13	
18 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe Einzahlungen abzgl. Summe Ausz.aus lfd. Verw.tätigkeit)	175.661,91	48.751,79	100.000,00	-51.248,21	
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	5.000,00	0,00	5.000,00	
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	
21 Veräußerung von Sachvermögen	11.000,00	10.220,00	20.000,00	-9.780,00	
22 Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
23 Sonstige Investitionstätigkeit (AG-Darlehen)	0,00	0,00	0,00	0,00	
24 Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	11.000,00	15.220,00	20.000,00	-4.780,00	
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
26 Baumaßnahmen	0,00	13.539,05	0,00	13.539,05	
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	88.658,55	230.636,01	160.000,00	70.636,01	
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	
31 Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	88.658,55	244.175,06	160.000,00	84.175,06	
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzgl. Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	-77.658,55	-228.955,06	-140.000,00	-88.955,06	
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	98.003,36	-180.203,27	-40.000,00	-140.203,27	
Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34 Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	
35 Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	40.817,40	32.000,00	8.817,40	
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Zeile 34 und 35)	0,00	-40.817,40	-32.000,00	-8.817,40	
37 Finanzmittelbestand (Saldo aus Zeile 33 und 36)	98.003,36	-221.020,67	-72.000,00	-149.020,67	
38 haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	
39 haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	
40 Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (Zeile 38 und Zeile 39)	0,00	0,00	0,00	0,00	
41 +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	181.500,31	279.503,67			
42 = Endbestand an Zahlungsmitteln (liquide Mittel) am Ende des Jahres (Summe aus Zeilen 37,40 und 41)	279.503,67	58.483,00			

Bilanz zum 31.12.2008
Kommunale Dienste Elbtalaue

Aktiva	2007 -Euro-	2008 -Euro-	Passiva	2007 -Euro-	2008 -Euro-
1 Immaterielles Vermögen	1,50	1,50	1 Nettoposition	877.465,56	894.633,67
1.1 Konzessionen			1.1 Basis-Reinvermögen		
1.2 Immaterielles Vermögen	1,50	1,50	1.1.1 Reinvermögen	708.609,14	708.609,14
1.3 Ähnliche Rechte			1.2 Rücklagen		
1.4 Geleistete Invenstitionszuweisungen und -zuschüsse			1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Erg.	51.632,22	52.969,99
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Erg.		92.452,39
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen			1.3 Jahresergebnis		
			1.3.1 Jahresüberschuss	93.790,16	23.151,78
2 Sachvermögen	1.249.112,67	1.298.344,67	1.3 Sonderposten		
2.1 Unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte			1.3.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	-	4.838,00
2.2 Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	608.333,78	613.670,78	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte		
2.3 Infrastrukturvermögen	264.497,39	259.451,39	1.4.3 Gebührenaussgleich	23.434,04	12.612,37
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken			1.4.4 Bewertungsausgleich		
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler			1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten		
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	349.774,00	396.695,00	1.4.6 Sonstige Sonderposten		
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	26.507,50	28.527,50	2 Schulden	792.665,17	599.759,12
2.8 Vorräte			2.1 Geldschulden		
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau			2.1.1 Anleihen		
3 Finanzvermögen	186.736,57	214.119,48	2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	623.993,68	557.012,67
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen			2.1.3 Liquiditätskredite		
3.2 Beteiligungen			2.1.4 Sonstige Geldschulden		
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung			2.2 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146.088,06	36.768,94
3.4 Ausleihungen			2.3 Sonstige Verbindlichkeiten		
3.5 Wertpapiere			2.3.1 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	5.912,60	4.908,94
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	25.497,12	21.892,40	2.3.2 Sonstige durchlaufende Posten	16.670,83	790,57
3.7 Forderungen aus Transferleistungen			2.3.3 Andere sonstige Verbindlichkeiten	-	278,00
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	161.239,45	134.683,56	3 Rückstellungen	49.128,36	81.433,01
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	-	57.543,52	3.1 Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnl. Maßnahmen	-	35.160,00
4 Liquide Mittel	279.503,67	58.483,00	3.2 Andere Rückstellungen	-	46.273,01
5 Aktive Rechnungsabgrenzung	3.904,68	4.877,15	4 Passive Rechnungsabgrenzung	-	-
Bilanzsumme Aktiva	1.719.259,09	1.575.825,80	Bilanzsumme Passiva	1.719.259,09	1.575.825,80

Dannenberg, den

Klafak, Werkleiter

Kommunale Dienste Elbtalaue

Anhang zum Jahresabschluss 2008

I. Allgemeine Angaben

Der Eigenbetrieb Kommunale Dienste Elbtalaue ist gemäß Beschluss des Rates der Samtgemeinde Elbtalaue vom 22.11.2006 aus der Zusammenführung der Eigenbetriebe „Kommunale Dienste“ der ehemaligen Samtgemeinde Hitzacker (Elbe) und „Betriebshof“ der ehemaligen Samtgemeinde Dannenberg (Elbe) zum 1.1.2007 entstanden. Die Samtgemeinde Elbtalaue ist Rechtsnachfolgerin der Samtgemeinden Dannenberg (Elbe) und Hitzacker (Elbe).

Gleichzeitig mit dem Zusammenschluss der beiden Eigenbetriebe wurde das Vermögen der Friedhöfe der ehemaligen Samtgemeinde Hitzacker (Elbe) zum 1.1.2007 in den neuen Eigenbetrieb Kommunale Dienste Elbtalaue eingelegt.

II. Angaben zu Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Für die Haushaltswirtschaft des Eigenbetriebes gelten gemäß § 113 NGO die §§ 82 bis 101 NGO des „Neuen kommunalen Haushaltsrechts“. Von der Ausnahmeregelung des Artikel 6 Abs. 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts v. 15.11.2005, für die Haushaltswirtschaft weiterhin die Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung anzuwenden, wird gemäß Beschluss des Rates der Samtgemeinde seit 1.1.2007 kein Gebrauch gemacht.

Die Gliederung der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, der Bilanz sowie der Anlagen zum Anhang (Anlagen-, Schulden- und Forderungsübersicht) erfolgte nach den im RdErl. des MI Nds. v. 4.12.2006 erlassenen Mustern.

III. Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz

1. Posten der Ergebnisrechnung

Auflösungserträge aus Sonderposten

Der Posten enthält im Wesentlichen den Herabsetzungsbetrag des Sonderpostens für Gebührenaussgleich für den Bereich Straßenreinigung.

Öffentlich-rechtliche Entgelte

Es handelt sich i. W. mit T€ 205 um Friedhofsgebühren und mit T€ 70 um Straßenreinigungsgebühren, denen entsprechende Satzungen zugrunde liegen.

Privatrechtliche Entgelte

Hier werden i. W. die Entgelte für den Personaleinsatz (T€ 868), den Fahrzeug- und Geräteeinsatz (T€ 161) sowie Friedhofsumsätze (T€ 67) gezeigt. Der Stundenverrechnungssatz für das eingesetzte Personal belief sich wie im Vorjahr auf 33,00 €.

Mit einem Wert von T€ 1.099 blieben die privatrechtlichen Entgelte um T€ 101 hinter dem Planansatz von T€ 1.000 zurück.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Ausgewiesen werden der 25%ige Anteil der Stadt Dannenberg (Elbe) an der Straßenreinigung (T€ 25), Personalkostenerstattungen für Reinigungsleistungen und erstmals auch Hausmeister-

tätigkeiten an Grundschulen (101 T€) sowie der Kriegsgräberzuschuss des niedersächsischen Innenministeriums (T€ 12).

Mit einem Wert von T€ 139 überstiegen die Kostenerstattungen und –umlagen den Planansatz um T€ 112.

Die Abweichungen bei den privatrechtlichen Entgelten und den Kostenerstattungen und –umlagen heben sich zusammengenommen nahezu auf und beruhen darauf, daß die Vergütungen für Hausmeistertätigkeiten nicht bei den privatrechtlichen Entgelten, sondern bei den Kostenerstattungen und –umlagen gezeigt werden müssen.

Aufwendungen für aktives Personal

	€
Löhne und Gehälter	816.263,35
Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil)	164.626,75
VBL-Beiträge	62.294,71
Beamtenvergütungen	44.294,74
Versorgungsrücklage	19.106,44
Zuführung zu Personal-Rückstellungen	34.804,65
Übriges	<u>2.309,15</u>
	<u>1.143.699,79</u>

Gegenüber dem Planansatz von T€ 1.096 waren T€ 48 Mehraufwand zu verzeichnen. Dies beruht auf der Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen (T€ 35) und der Umlage zur Versorgungsrücklage (T€ 19).

Die Beiträge zur Zusatzversorgungskasse (VBL) werden abweichend vom Vorjahr nicht bei den Aufwendungen für Versorgung, sondern bei den Aufwendungen für aktives Personal gezeigt.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	€
Haltung von Fahrzeugen und Geräten	87.327,83
Kraftstoffe	52.212,06
Kostenerstattungen Landkreis u.a.	21.798,43
Unterhaltung der Immobilien	27.140,26
Materialien	13.384,65
Strom, Gas, Wasser	12.568,44
Geräte und Ersatzteile	8.378,43
Dienst- und Schutzkleidung	7.934,21
Deponiekosten	7.459,06
Versicherungen	6.453,89
Übriges	<u>16.846,40</u>
	<u>261.503,66</u>

Im Haushaltsplan waren für Sach- und Dienstleistungen ursprünglich 270.000,00 € vorgesehen. Aufgrund einer geänderten Kontenzuordnung wurden hiervon 12.500,00 € zum Posten „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ umgliedert.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten ganz überwiegend Darlehnszinsen gegenüber der Samtgemeinde (T€ 25).

Sonstige ordentliche Aufwendungen

	€
Rechnungsprüfung	6.052,00
Fernmeldeaufwand	4.375,98
EDV	2.742,56
Büromaterial	325,62
Übriges	9.170,51
	<u>22.666,67</u>

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

	€
<i>außerordentliche Erträge</i>	
Schadensersatz	20.121,49
Periodenfremde Erträge	19.638,65
Verkauf von Sachvermögen	10.220,00
Auflösung von Rückstellungen	0,00
Übriges	0,00
	<u>49.980,14</u>
<i>außerordentliche Aufwendungen</i>	
Vermögensabgang	14.198,74
Geleisteter Schadensersatz	3.639,84
Periodenfremde Aufwendungen	1.482,87
Forderungsausbuchungen	0,00
	<u>19.321,45</u>
<i>außerordentliches Ergebnis</i>	<u>30.658,69</u>

2. Posten der Finanzrechnung

Die Finanzrechnung gibt Informationen über die Zahlungsströme sowie die Zahlungsmittelbestände des Eigenbetriebes und über die Frage, wie der Eigenbetrieb finanzielle Mittel erwirtschaftet hat und welche zahlungswirksamen Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen vorgenommen wurden.

Die Finanzrechnung wird in drei Stufen differenziert:

- Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit
- Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit
- Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit

Zusammen mit dem Finanzmittelbestand am Anfang der Periode werden die Finanzmittelflüsse zum Finanzmittelbestand am Ende der Periode summiert. Der Finanzmittelbestand wurde dabei als sogenannter Nettofonds definiert und beinhaltet alle für das Cash-Management relevanten Bilanzbestandteile. Hierfür werden die Zahlungsmittel (Kasse und Bankguthaben) gekürzt um kurzfristige Bankverbindlichkeiten (Überziehungskredit) und sonstige kurzfristige und dem Liquiditätsbereich zuzuordnende Verbindlichkeiten (z. B. Verbindlichkeiten aus Scheckausgängen).

Der Eigenbetrieb Kommunale Dienste Elbtaue hat zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2008 einen Finanzmittelbestand von T€ 279. Die Summe der Finanzmittelflüsse und damit die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes beträgt T€ - 221. Hierdurch verringerte sich der Finanzmittelbestand zum 31.12.2008 auf T€ 58.

3. Posten der Bilanz

Immaterielles und Sachvermögen

Die Entwicklung des Sachvermögens:

	31.12.2007	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen	31.12.2008
	€	€	€	€	€
Bebaute Grundstücke	608.333,78	13.539,05	0,00	-8.202,05	613.670,78
Infrastrukturvermögen (Friedhöfe)	264.497,39	0,00	0,00	-5.046,00	259.451,39
Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	349.774,00	130.788,10	-14.197,74	-69.669,36	396.695,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	26.507,50	7.013,52	-1,00	-4.992,52	28.527,50
	1.249.112,67	151.340,67	-14.198,74	-87.909,93	1.298.344,67
Vorräte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	1.249.112,67	151.340,67	-14.198,74	-87.909,93	1.298.344,67

Als Zugänge sind folgende Vermögensgegenstände zu verzeichnen:

Zugänge	2008
	€
Claas Traktor	81.479,00
Mitsubishi	22.560,00
Einbruchmeldeanlage	13.539,05
Balkenmäher	10.300,00
Seitenmäher	9.800,00
Geringwertige Vermögensgegenstände	7.013,52
Citroen Berlingo	2.500,00
Grünbrachehäcksler	1.500,00
Motorsäge	1.439,10
PKW-Anhänger	1.210,00
	151.340,67

Finanzvermögen, Liquide Mittel

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen betreffen den hoheitlichen Friedhofs- und den Straßenreinigungsbereich.

Die privatrechtlichen Forderungen beinhalten im Wesentlichen Leistungsforderungen gegenüber der Samtgemeinde und ihren Mitgliedsgemeinden.

Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen i. W. den Straßenreinigungsanteil der Stadt Dannenberg (T€25) und den Verlustausgleich 2006 für den ehemaligen Eigenbetrieb „Betriebshof“ der Samtgemeinde Dannenberg (T€31; im Vorjahr bei den „Sonstigen privatrechtlichen Forderungen“ ausgewiesen).

Aktive Rechnungsabgrenzung

Der Posten beinhaltet voraus gezahlte Beamtenvergütungen.

Nettoposition

Das Basis-Reinvermögen blieb unverändert.

Gemäß Beschluß des Rates wurde der Überschuß des Wirtschaftsjahres 2007 den Rücklagen zugeführt.

Der Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse beinhaltet einen Versicherungszuschuß für den Einbau einer Einbruchmeldeanlage im Bauhof „Am Dömitzer Damm“.

Beim Sonderposten für Gebührenaussgleich handelt es sich um die Gebührenüberdeckung der Straßenreinigung zum 31.12.2008.

Schulden

Die Investitionskredite bestehen gegenüber der Samtgemeinde.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen mit T€20 die Samtgemeinde und mit T€17 andere Lieferanten.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind überwiegend noch abzuführende Lohn- und Kirchensteuern enthalten.

Rückstellungen

Die Rückstellungen enthalten Beträge für Urlaubsansprüche, die den Arbeitnehmern im Folgejahr noch zu gewähren sind sowie Kosten für die Jahresabschlusserstellung und -prüfung. Daneben werden Rückstellungen für Altersteilzeit ausgewiesen.

IV. Besondere Angaben

1. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielles und Sachvermögen

Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten.

Die vom Eigenbetrieb Dannenberg stammenden abnutzbaren Vermögensgegenstände sind in der Anlagenübersicht mit den historischen Anschaffungskosten und den kumulierten Abschreibungen erfasst. Die vom Eigenbetrieb Hitzacker stammenden abnutzbaren Vermögensgegenstände sind in der Anlagenübersicht mit dem Buchrestwert erfasst.

Die planmäßige Abschreibung der Vermögensgegenstände erfolgt gemäß § 47 Abs. 1 GemHKVO linear. Die Nutzungsdauern orientieren sich an den im RdErl. MI Nds. v. 4.12.2006 vorgegebenen Werten bzw. an den steuerlichen AfA-Tabellen.

Finanzvermögen, Liquide Mittel

Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. Wertberichtigungen waren nicht erforderlich.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten.

Nettoposition

Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert.

Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse

Der Posten wird entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschußten Anlage über 18 Jahre aufgelöst.

Schulden

Die Geldschulden und Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

Rückstellungen

Die Rückstellungen sind in Höhe des Betrages passiviert, der zur Erfüllung der Leistungsverpflichtungen notwendig ist. Die Bewertung der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgte nach handelsrechtlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines biometrischen Abschlags von 2 % und eines Abzinsungssatzes von 5,5 % p.a.

2. Abweichungen von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Abweichend vom Vorjahr werden die Auflösungserträge aus Sonderposten gemäß Muster 11 des RdErl. d. MI v. 04.12.2006 nicht mehr beim Posten „Sonstige ordentliche Erträge“, sondern in einem eigenen Posten gezeigt.

Die Beiträge zur Zusatzversorgungskasse (VBL) werden abweichend vom Vorjahr gemäß den Zuordnungsvorschriften zum Kontenrahmen des nds. Landesamtes für Statistik nicht bei den Aufwendungen für Versorgung, sondern bei den Aufwendungen für aktives Personal gezeigt.

Ansonsten wurde nicht von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden abgewichen.

3. Art und Höhe der wesentlichen außerordentlichen Erträge und Aufwendungen

Siehe Ausführungen in Abschnitt III. 1.

4. Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte

Es wurden keine Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte einbezogen.

5. Haftungsverhältnisse

Es wurden keine Bürgschaften oder ähnliches gewährt.

Durch die Zusatzversorgung der Arbeitnehmer aufgrund des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 04.11.1966 i.d.F. vom 09.10.1998 ergibt sich eine mittelbare Pensionsverpflichtung gem. Art. 28 EGHGB.

6. Sachverhalte aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Sachverhalte bzw. Verträge mit wesentlichen finanziellen Verpflichtungen bestehen nicht.

7. Noch nicht abgedeckte Fehlbeträge

Es sind keine Fehlbeträge erwirtschaftet worden.

V. Ergänzende Angaben

Unter der Bilanz sind gemäß § 54 GemHKVO die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahr zu vermerken, soweit sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Dies sind insbesondere Haushaltsreste, Bürgschaften, Gewährleistungsverträge, in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen und Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie über das Haushaltsjahr gestundete Beträge. Statt unter der Bilanz werden diese Angaben hier gemacht. Entsprechende Belastungen liegen am Bilanzstichtag nicht vor.

Dannenberg (Elbe), den 1. September 2009

gez. Klafak

Kommunale Dienste Elbtalaue

Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2008

I. Allgemeine Angaben

1. Grundlagen des Rechenschaftsberichtes

Im Rechenschaftsbericht soll nach der neuen Gemeindehaushaltskassenverordnung (GemHK-VO) dargestellt werden:

- der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage, so dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird; hierzu ist eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorzunehmen;
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind;
- zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung;

2. Aufgaben des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb erledigt gemäß der Betriebssatzung für die Samtgemeinde Elbtalaue, die Städte Hitzacker (Elbe) und Dannenberg (Elbe) sowie die 8 Mitgliedsgemeinden die Aufgaben der Straßenunterhaltung und Pflege der Seitenräume, den Winterdienst, die Straßenreinigung, die Pflege und Unterhaltung der Spielplätze, Grün- und Parkanlagen und die Verwaltung der kommunalen Friedhöfe der Samtgemeinde Elbtalaue und ihrer Mitgliedsgemeinden. In den Städten Hitzacker (Elbe) und Dannenberg (Elbe) werden jeweils Betriebshöfe mit Fahrzeugen, Maschinen, Geräten und Gebäuden unterhalten.

Der Eigenbetrieb beschäftigt derzeit 22 festangestellte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für die Unterhaltungs- und Pflegearbeiten. Hinzu kommen in der Sommersaison noch 4 Aushilfskräfte.

Die Verwaltungsaufgaben werden erledigt von:

- Werksleitung: 1 Stelle
- Sachbearbeitung Friedhofswesen und Straßenreinigung sowie allgem. Verwaltungstätigkeiten: 1 Stelle
- Abschlussarbeiten und Anlagebuchhaltung: 25% Stellenanteil (9,75 Std./wtl.)
- Ressourcenbuchhaltung, Kontierung der Rechnungen, Mahnwesen: 64,10% Stellenanteil (25 Std./wtl.).

Die Einführung der flexiblen Arbeitszeit im Jahr 2007 hat sich positiv auf den gesamten Betriebsablauf ausgewirkt. Es wurde eine Rahmenarbeitszeit vereinbart. Die arbeitsvertraglich vereinbarte Arbeitszeit ist als „Sommerzeit“ vom 01. März bis 31. Oktober und als „Winterarbeitszeit“ vom 01. November bis 28. Februar angegeben und ist innerhalb der Rahmenarbeitszeit zu erbringen.

Die Aufgaben der maschinellen Straßenreinigung und des Bestattungswesens wurden dem Eigenbetrieb durch die Samtgemeinde Elbtalaue komplett übertragen. Das bedeutet, dass auch das Satzungsrecht und die Kalkulation der Gebühren in der Zuständigkeit des Eigenbetriebes sind.

Die Erledigung der übrigen Aufgaben erfolgt durch die Beauftragung der Städte und der Gemeinden.

Neben den Einzelaufträgen werden ca. 95 % der gesamten Aufträge über die mit den Fachdiensten und Mitgliedsgemeinden abgestimmten Daueraufträge einmal monatlich abgerechnet.

a) Fuhrpark

Die betriebseigene Werkstatt betreut soweit wie möglich sämtliche Fahrzeuge, Maschinen und Geräte des Eigenbetriebes und führt Kleinst- und Notreparaturen durch. Die Abrechnung der Reparaturen wird den jeweiligen Fahrzeugen direkt zugeordnet. Um die Stundensätze und Beiträge stabil zu halten ist es aber auch erforderlich, den Maschinenpark ständig zu verbessern. Ohne umfangreiche Investitionen ist dies nicht möglich.

Im Jahr 2008 wurden folgende Anschaffungen getätigt:

- Ersatzbeschaffung des Traktors
- Ersatzbeschaffung eines Klein-LKW
- Installation einer Einbruchmeldeanlage für die Betriebsgebäude in Dannenberg (Elbe)
- Ersatz eines Balkenmähers und eines Seitenmähers.

Dem Eigenbetrieb stehen folgende Fahrzeuge und Arbeitsgeräte zur Verfügung:

- 2 Unimogs
- 1 Schlepper mit Frontlader (122 PS)
- 2 Kleinschlepper
- 1 Radlader
- 1 LWK mit Ladekran (7,5 to.)
- 1 Multicar
- 5 Pritschenwagen / Klein LKW
- 1 Straßenkehrmaschine
- 1 Friedhofsbagger
- 1 Hubarbeitsbühne
- 1 Winterdienststreuwagen
- 4 PKW
- 6 Anhänger
- 2 Aufsitzmäher
- 1 Anbauhackschnitzler
- 1 Anbauschlegelmäher
- Div. Kleingeräte (z.B. Motorsägen, Motorsensen, Rasenmäher, Schweißgerät, Heckscheren, Freischneider, Schlaghammer usw.)

b) Straßen- und Wirtschaftswege

Zu diesem Aufgabenfeld gehören die Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze sowie die sonstigen Verkehrsflächen, das Straßenbegleitgrün, die Verkehrseinrichtungen und die Straßenentwässerungsgräben.

Im Rahmen der Unterhaltungsarbeiten wurden die Banketten mit Mähkombinationen gemäht, kleinere Fahrbahnreparaturen durch die Splittkolonne durchgeführt und die Pflege der straßenbegleitenden Bäume und das Freischneiden des Bewuchses (Lichtraumprofil) im Zusammenhang mit der Verkehrssicherungspflicht vorgenommen.

Die Verkehrsbehördlichen Anordnungen für Beschilderungs- und Abspermaßnahmen wurden im Rahmen der Auftragserledigung ebenfalls umgesetzt.

Von den Mitarbeiter/Innen wurden nach Bedarf unterhalten:

- 161 km Gemeindeverbindungsstraßen
- 109 km Gemeindestraßen (nur die Städte Hitzacker (Elbe) und Dannenberg (Elbe) mit ihren Ortsteilen)
- 203 km Wirtschaftswege
- 1.397.000 qm Seitenräume
- 44.000 qm Sichtflächen an 11 Bahnübergängen

c) Straßenreinigung und Winterdienst

Die Straßenreinigung und der Winterdienst gehören zu den sogenannten Verkehrssicherungspflichten. Für die Straßen- und Gehwegsicherung gilt dies ganzjährig. Die Räum- und Streupflicht im Winter ist in der Straßenreinigungsverordnung bzw. der Straßenreinigungssatzung der Samtgemeinde Elbtalaue festgelegt.

Die eigene Kehrmaschine wurde im Jahr 2007 durch ein neues Fahrzeug ersetzt. Die Maschine wird überwiegend für enge und schmale Straßen, Wege, Plätze, Geh- und Ratwege, nach Festlichkeiten und Markttagen eingesetzt. Die anderen Straßen im Rahmen der maschinellen Straßenreinigung werden durch das Fahrzeug des Eigenbetriebes der Samtgemeinde Lüchow (Wendland) gereinigt. Der Umfang der maschinellen Straßenreinigung ist durch die Straßenreinigungssatzung und die Straßenreinigungsverordnung der Samtgemeinde Elbtalaue geregelt. Alle übrigen Bereiche sind auf die Grundstückseigentümer übertragen.

Zur Straßenreinigung gehört auch die Kontrolle und Leerung der Papierkörbe. Bei Bedarf wird rund um die Abfallkörbe von Hand gekehrt und der Müll beseitigt.

d) Parkanlagen, Grünanlagen und Spielplätze

Durch qualifiziertes Personal werden in den Städten Dannenberg (Elbe) und Hitzacker (Elbe) und der Gemeinde Jameln insgesamt 29 Kinderspielplätze in den gesetzlich vorgeschriebenen regelmäßigen Sicht- und Funktionskontrollen überprüft.

Aufgetretene Beanstandungen wurden möglichst zeitnah behoben, sodass die Verkehrssicherheit auf den öffentlichen Spielplätzen gewährleistet werden konnte.

Neben der Kontrolle werden auch die Spielplatzgrundstücke gärtnerisch unterhalten und gepflegt.

Die Gesamtfläche der 29 zu pflegenden Spielplätze beträgt insgesamt 49.011 qm.

In dem vorgegebenen Rhythmus wurden die öffentlichen Grünflächen gemäht und unterhalten. Die Anlagen und Pflanzkästen werden zweimal jährlich bepflanzt und gärtnerisch gepflegt.

- 85 Pflanzkästen
- 25.000 qm bepflanzte Anlagen
- 285.000 qm Grünflächen

e) Friedhofs- und Bestattungswesen

Die insgesamt 17 kommunalen Friedhöfe der Samtgemeinde Elbtalaue wurden auf den Eigenbetrieb übertragen. Die Friedhofsanlagen wurden gärtnerisch gepflegt und unterhalten. Hierzu gehört auch die Unterhaltung der Friedhofskapellen und der sonstigen baulichen Anlagen und Einfriedungen. Die erforderlichen Aufgaben für die Bestattungen wurden ebenfalls durch den Eigenbetrieb erledigt. Auf den kommunalen Friedhöfen der Samtgemeinde Elbtalaue werden jährlich ca. 130 Bestattungen durchgeführt. Hinzu kommen Trauerfeiern, Einebnungen von Grabstätten, Grabpflegearbeiten und diverse Verwaltungsaufgaben wie z.B. Erteilung von Genehmigungen für Grabmale und die Verlängerung von Nutzungsrechten.

Die zu unterhaltende Gesamtfläche der Friedhöfe beträgt 121.828 qm. Auf den 17 kommunalen Friedhöfen befinden sich insgesamt 15 Friedhofskapellen. Neben der Unterhaltung und Pflege

der Friedhöfe werden auch eine Vielzahl von Ehrenmale und Kriegsgräber unterhalten und gepflegt.

Die unterschiedlichen Gebührensätze der Samtgemeinden Dannenberg (Elbe) und Hitzacker (Elbe) für das Bestattungswesen wurden nach der ersten gemeinsamen Gebührenkalkulation in der neuen Friedhofsgebührensatzung zusammengefasst. Die beiden Friedhofsordnungen wurden ebenfalls in eine neue Friedhofsordnung zusammengeführt.

Die beiden Satzungen wurden vom Rat der Samtgemeinde Elbtalau beschlossen und sind am 01.01.2008 in Kraft getreten.

II. Verlauf der Haushaltswirtschaft und finanzwirtschaftliche Lage

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 wurde vom Rat der Samtgemeinde Elbtalau in seiner Sitzung am 05.02.2008 beschlossen. Sie weist ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus und eine Kassenkreditermächtigung von 250.000 €. In 2008 wurde kein Nachtragshaushalt aufgestellt.

1. Ergebnisentwicklung

Die Ergebnisrechnung weist für das Geschäftsjahr 2008 einen Jahresgewinn in Höhe von 23 T€ aus. Gegenüber dem Haushaltsplan 2008, der ein ausgeglichenes Ergebnis vorsah, ergibt sich eine Ist- zu Plan-Abweichung von + 23 T€.

Entwicklung der ordentlichen Erträge im Haushaltsjahr 2008

Die **öffentlich-rechtlichen Entgelte** sind mit 279 T€ um 28 T€ höher als im Vorjahr. Die Ursache hierfür ist die Möglichkeit, dass auf den Friedhöfen Pflegegräber in Rasengräber umgewandelt werden dürfen. Die Gebühren sind dabei im Voraus zu entrichten.

Die **privatrechtlichen Entgelte** weisen mit 1.099 T€ gegenüber dem Vorjahr einen um 40 T€ niedrigeren Wert auf. Die Saisonkräfte werden in jedem Jahr über einen vorher nicht genau festgelegten Zeitraum beschäftigt. Eine genaue Planung ist daher nur schwer möglich.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** betragen 139 T€, was eine Steigerung von 88 T€ ausmacht. Ursache ist i. W. die zusätzliche Personalgestellung für Hausmeistertätigkeiten an Grundschulen.

Entwicklung der ordentlichen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2008

Die **Aufwendungen für aktives Personal** liegen mit 1.144 T€ um 57 T€ über dem Vorjahr und mit 48 T€ über dem Planansatz. Im wesentlichen sind zwei Effekte zu erkennen, die im Saldo zu der Erhöhung der Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr führten:

- Tarifliche Vergütungserhöhung um 5,1 %
- Bildung einer Altersteilzeitrückstellung in Höhe von 35 T€
- Zahlung der Umlage zur Versorgungsrücklage für Beamten in Höhe von 19 T€

Bei der Anzahl der Beschäftigten gibt es keine Änderung zum Vorjahr.

Im Bereich der **Sach- und Dienstleistungen** wurde mit 262 T€ mehr ausgegeben als im Vorjahr (229 T€). Der Planansatz von 257,5 T€ wurde gering überschritten. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist u.a. auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- höhere Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen und Geräten aufgrund mehrerer Reparaturen an den LKW's und am Containeranhänger
- höhere Kosten für die Unterhaltung der Immobilien wegen zusätzlicher Maßnahmen an Friedhöfen und Kriegsgräbern

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** liegen mit 23 T€ auf dem Vorjahresniveau. Sie enthalten u.a. Aufwendungen für Rechnungsprüfung, Telekommunikation und EDV.

Entwicklung des außerordentlichen Ergebnisses im Haushaltsjahr 2008

Die außerordentlichen Erträge in Höhe von 50 T€ beruhen i. W. auf periodenfremden Vereinnehmungen, Schadensersatz und Verkauf von Sachvermögen. Saldiert um die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 19 T€ ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis von 31 T€.

2. Vermögensentwicklung

Überblick über Bilanzkennzahlen:

Bilanz	31.12.2008		31.12.2007	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Sachvermögen	1.298	82,4	1.249	72,7
Langfristig gebundenes Vermögen	1.298	82,4	1.249	72,7
Kurzfristige Forderungen	220	14,0	191	11,1
Flüssige Mittel	58	3,6	279	16,2
	1.576	100,0	1.719	100,0
Passiva				
Nettoposition	895	56,8	877	51,0
Darlehen	557	35,3	624	36,3
Langfristig verfügbare Mittel	1.452	92,1	1.501	87,3
Rückstellungen	81	5,1	49	2,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten	43	2,7	169	9,8
	1.576	100,0	1.719	100,0

Besonders hervorzuheben sind folgende Punkte:

- Das **Sachvermögen** erhöhte sich aufgrund der Investitionen von 151 T€ bei Abschreibungen von 88 T€ und Abgängen von 14 T€.
- Die **flüssigen Mittel** verringerten sich insbesondere aufgrund der getätigten Investitionen und der Begleichung der vorjährig bilanzierten Verbindlichkeiten.
- Die **Darlehen** wurden mit 67 T€ getilgt.
- Die **kurzfristigen Verbindlichkeiten** gingen von 169 T€ um 126 T€ auf 43 T€ zurück. Ursächlich waren verringerte Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten am Bilanzstichtag.

Eigenkapitalquote:

01.01.2007 (Eröffnungsbilanz)	47%
31.12.2007	51%
31.12.2008	57%

Anlagendeckung:

	Langfristig gebundenes Vermögen	Langfristige Mittel	Deckungsgrad
	T€	T€	%
01.01.2007 (Eröffnungsbilanz)	1.196	1.376	115%
31.12.2007	1.249	1.501	120%
31.12.2008	1.298	1.452	112%

3. Finanzentwicklung

Finanzrechnung	2008	2007
	T€	T€
Anfangsbestand liquider Mittel am Jahresanfang	279	181
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.518	1.525
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.469	-1.349
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	+ 49	+ 176
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	15	11
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-244	-89
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 229	- 78
Aufnahme von Krediten	0	0
Tilgung von Krediten	-41	0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-41	0
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0	0
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0	0
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	0	0
Flüssige Mittel am Jahresende	58	279

Der **Bestand liquider Mittel** hat sich in 2008 um 221 T€ auf 58 T€ gegenüber dem Anfangsstand des Jahres (279 T€) verringert. Diese Veränderung des Finanzmittelbestands ergibt sich dabei aus den nachfolgend dargestellten Finanzmittelflüssen.

Im **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit** ergibt sich ein Mittelzufluss von 49 T€. Der Mittelzufluss resultiert im Wesentlichen aus dem erzielten Jahresüberschuss von 23 T€. Daneben sind Entgeltforderungen aus dem Vorjahr eingegangen.

Im **Saldo aus Investitionstätigkeit** fand ein Nettofinanzmittelabfluss in Höhe von 229 T€ statt. Die Auszahlungen für Investitionen liegen mit 244 T€ über dem Planansatz des Wirtschaftsplans in Höhe von 160 T€, was durch Rechnungsbegleichungen aus dem Vorjahr bedingt ist. Durch den Verkauf von Vermögen in Höhe von 15 T€ konnte der Saldo des Nettofinanzmittelabflusses aus der Investitionstätigkeit auf 229 T€ reduziert werden.

Aufgrund des hohen Anfangsbestands liquider Mittel am Jahresanfang mussten in 2008 keine neuen investiven Kreditaufnahmen getätigt werden. Aufgrund der laufenden Darlehnstilgung beträgt der **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** - 41 T€.

III. Wesentliche Vorgänge nach dem Schluss des Haushaltsjahres

Nach Ablauf des Wirtschaftsjahres 2008 sind über die oben dargestellten Vorgänge hinaus keine Ereignisse eingetreten, die für den Eigenbetrieb von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes führen könnten.

IV. Finanzwirtschaftliche Risiken von besonderer Bedeutung

Risiken (und Chancen) der zukünftigen Entwicklung bestehen vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage der Gemeinden im schwankenden Volumen der abgeforderten Leistungen, andererseits in der Fähigkeit, das angestrebte Einsparpotential zu erwirtschaften. Die Produktivität muss in Einklang mit den Aufwendungen und Erträgen gebracht werden, um die Existenz des Betriebes auf Dauer zu sichern. Hierzu müssen die notwendigen Maßnahmen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben umgesetzt werden. Durch die positiven Erfahrungen kann aber mit einer Stabilisierung der zukünftigen Aufträge gerechnet werden.

Dannenberg (Elbe), den 2. September 2009

gez. Klafak

Anlagenübersicht gemäß § 56 Abs. 1 GemHKVO

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	Zugänge im Hhjahr	Abgänge im Hhjahr	Umbuchungen	Stand am 31.12. des Hhjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	Ab-schreibungen im Hhjahr	Auf-lösungen	Zu-schreibungen im Hhjahr	Stand am 31.12. des Hhjahres	am 31.12. des Hhjahres	am 31.12. des Vorjahres
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,50	0,00	0,00	0,00	1,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,50	1,50
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)												
2.1. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	763.278,81	13.539,05	0,00	0,00	776.817,86	154.945,03	8.202,05	0,00	0,00	163.147,08	613.670,78	608.333,78
2.2. Infrastrukturvermögen	275.310,60	0,00	0,00	0,00	275.310,60	10.813,21	5.046,00	0,00	0,00	15.859,21	259.451,39	264.497,39
2.3. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1.005.915,97	130.788,10	81.343,95	0,00	1.055.360,12	656.141,97	69.669,36	67.146,21	0,00	658.665,12	396.695,00	349.774,00
2.4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>44.374,64</u>	<u>7.013,52</u>	<u>1.484,11</u>	<u>0,00</u>	<u>49.904,05</u>	<u>17.867,14</u>	<u>4.992,52</u>	<u>1.483,11</u>	<u>0,00</u>	<u>21.376,55</u>	<u>28.527,50</u>	<u>26.507,50</u>
	2.088.880,02	151.340,67	82.828,06	0,00	2.157.392,63	839.767,35	87.909,93	68.629,32	0,00	859.047,96	1.298.344,67	1.249.112,67
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
insgesamt	2.088.881,52	151.340,67	82.828,06	0,00	2.157.394,13	839.767,35	87.909,93	68.629,32	0,00	859.047,96	1.298.346,17	1.249.114,17

Schuldenübersicht

Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushalts- jahres	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden						
1.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	557.012,67	0,00	0,00	557.012,67	623.993,68	-66.981,01
1.2 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	36.768,94	36.768,94	0,00	0,00	146.088,06	-109.319,12
3. Sonstige Verbindlichkeiten						
3.1. Durchlaufende Posten						
3.1.1 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	4.908,94	4.908,94	0,00	0,00	5.912,60	-1.003,66
3.1.2 Sonstige durchlaufende Posten	790,57	790,57	0,00	0,00	16.670,83	-15.880,26
3.2 Andere sonstige Verbindlichkeiten	278,00	278,00	0,00	0,00	0,00	278,00
Schulden insgesamt	599.759,12	42.746,45	0,00	557.012,67	792.665,17	-192.906,05

Forderungsübersicht

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushalts- jahres -Euro-	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres -Euro-	Mehr (+)/ weniger (-) -Euro-
		bis zu 1 Jahr -Euro-	über 1 bis 5 Jahre -Euro-	mehr als 5 Jahre -Euro-		
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	21.892,40	21.892,40	0,00	0,00	25.497,12	-3.604,72
2. Sonstige privatrechtliche Forderungen	134.683,56	134.683,56	0,00	0,00	161.239,45	-26.555,89
3. Sonstige Vermögensgegenstände	57.543,52	57.543,52	0,00	0,00	0,00	57.543,52
Summe aller Forderungen	214.119,48	214.119,48	0,00	0,00	186.736,57	27.382,91

Rechtliche Verhältnisse

Name	Kommunale Dienste Elbtalaue
Sitz	Dannenberg (Elbe)
Rechtsform	Eigenbetrieb der Samtgemeinde Elbtalaue
Gründung	Der Rat der Samtgemeinde Elbtalaue hat in seiner Sitzung am 21. Dezember 2006 beschlossen, die Eigenbetriebe „Kommunale Dienste“ der ehemaligen Samtgemeinde Hitzacker (Elbe) und „Betriebshof“ der ehemaligen Samtgemeinde Dannenberg (Elbe) zum 1. Januar 2007 zum Eigenbetrieb „Kommunale Dienste Elbtalaue“ zusammenzuschließen.
Betriebssatzung	In der Fassung vom 21.12.2006
Stammkapital	20.000,00 €
Geschäftstätigkeit	<p>Gegenstand des Betriebes sind gemäß der Betriebssatzung insbesondere die folgenden Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Straßenunterhaltung • Winterdienst • Reinigung von Straßen, Wegen und Plätzen • Papierkorbentleerung • Reinigung der Straßeneinläufe • Pflege und Unterhaltung von Sportstätten, Spielplätzen, Grün- und Parkanlagen und touristischen Einrichtungen • Ausführung der Verkehrssicherung für Straßen, Wege, Plätze • Handwerkertätigkeiten (Schlosserei, Tischlerei, Kfz-Werkstatt) für die Samtgemeinde, deren Mitgliedsgemeinden und den Eigenbedarf • Verwaltung und Unterhaltung der kommunalen Friedhöfe • Sonstige Dienstleistungen
Wirtschaftsjahr	1. Januar bis 31. Dezember des Jahres
Organe des Betriebes	Werksleitung und Werksausschuss
Vorjahresabschluss	Der Jahresabschluss 2007 wurde am 14. Mai 2009 vom Rat der Samtgemeinde Elbtalaue festgestellt. Die Überschüsse im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 1.337,77 € und im außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 92.452,39 € wurden den Rücklagen zugeführt. Der Werksleitung wurde Entlastung erteilt.

Personal	Die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter unterliegen dem Tarifrecht des TVÖD. Es besteht eine flexible Arbeitszeitregelung, wonach in den Sommermonaten Arbeitsstunden angesammelt und im Winter wieder abgebaut werden können.
Wesentliche Verträge	<p>Pachtvertrag mit dem Realverband Sarchem vom 1. April 1995 über ein Grundstück zur Lagerung von Schüttgütern. Der Vertrag ist ungekündigt; er kann von beiden Vertragsparteien mit dreimonatiger Kündigungsfrist zum Jahresende gekündigt werden.</p> <p>Personalgestellungsverträge mit der Samtgemeinde Elbtalaue über die Gestellung von Hausmeistern für die Grundschulen Dannenberg, Breselenz und Prisser. Ein Vertrag lief Ende Juli 2009 aus, ein Vertrag besteht weiterhin.</p> <p>Vereinbarung mit den Städten Dannenberg (Elbe) und Hitzacker (Elbe) über die Reinigung der Altglascontainerstellplätze.</p>
Steuerliche Verhältnisse	Der Eigenbetrieb ist hoheitlich tätig und unterliegt daher nicht der Besteuerung. Vorsteuern sind infolge fehlender Unternehmereigenschaft nicht abziehbar.

Erläuterungen zu den einzelnen Posten des Jahresabschlusses 2008

A. Ergebnisrechnung

I. Ordentliche Erträge

Auflösungserträge aus Sonderposten	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Auflösung des Sonderpostens für Gebührenaussgleich	9.191,84	10.821,67		
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	162,00		
	9.191,84	10.983,67	0,00	+ 10.983,67

1. Abweichend vom Vorjahr werden die Auflösungserträge aus Sonderposten gemäß Muster 11 des RdErl. d. MI v. 04.12.2006 im Haushaltsjahr 2008 nicht mehr beim Posten „Sonstige ordentliche Erträge“, sondern hier gezeigt.

Öffentlich-rechtliche Entgelte	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Friedhofsgebühren	176.291,76	205.348,62		
Straßenreinigungsgebühren	70.393,88	69.978,95		
Verwaltungsgebühren	4.739,00	3.716,00		
Mahngebühren	-12,70	104,80		
	251.411,94	279.148,37	270.000,00	+ 9.148,37

2. Es handelt sich um die Friedhofsgebühren und die Straßenreinigungsgebühren, denen entsprechende Satzungen zugrunde liegen.

Privatrechtliche Entgelte	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Personaleinsatz	928.843,26	867.821,04		
Fahrzeug- und Geräteeinsatz	160.785,55	160.856,63		
Friedhof	48.089,85	66.615,51		
Sonstiges	1.793,71	4.153,11		
	1.139.512,37	1.099.446,29	1.200.000,00	- 100.553,71

3. Der Stundenverrechnungssatz für das eingesetzte Personal belief sich wie im Vorjahr auf 33,00 €. Für das eingesetzte Gerät sind unterschiedliche Kostensätze festgelegt.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
25%-Anteil der Stadt Dannenberg an der Straßenreinigung	24.790,39	25.168,89		
Personalkostenerstattungen	17.875,25	101.220,09		
Zuschuss zur Pflege der Kriegsgräber	8.016,04	12.288,30		
	50.681,68	138.677,28	27.000,00	+ 111.677,28

4. Die Personalkostenerstattungen betreffen Reinigungsleistungen an Containerplätzen, im Klärwerk Lüggau und der Grundschule Dannenberg sowie erstmals auch Hausmeister-tätigkeiten an den Grundschulen Dannenberg, Breselenz und Prisser.
5. Der Zuschuss zur Pflege der Kriegsgräber wird vom nds. Innenministerium gezahlt. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist auf zwei zusätzliche Maßnahmen zurückzuführen, die gesondert abgerechnet wurden.

Zinsen und ähnliche Finanzerträge	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
	420,97	5.441,95	1.000,00	+ 4.441,95

6. Es handelt sich im Wesentlichen um die Zinserträge des Geldmarktkontos bei der Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg (5.212,00 €).

II. Ordentliche Aufwendungen

Aufwendungen für aktives Personal	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Löhne und Gehälter	788.939,95	816.263,35		
Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil)	161.556,44	164.626,75		
VBL-Beiträge	79.887,05	62.294,71		
Beamtenvergütungen	41.308,64	44.294,74		
Versorgungsrücklage	0,00	19.106,44		
Zuführung zu Personal-Rückstellungen	5.519,99	34.804,65		
Übriges	9.754,08	2.309,15		
	1.086.966,15	1.143.699,79	1.096.000,00	+ 47.699,79

7. Die Personalabrechnung wird durch die Samtgemeinde Elbtalau vorgenommen.
8. Abweichend vom Vorjahr werden die VBL-Beiträge für das aktive Personal gemäß dem Kontenschema der kommunalen Doppik bei diesem Posten gezeigt, nicht mehr beim Posten „Aufwendungen für Versorgung“.
9. Die Versorgungsrücklage betrifft den beim Eigenbetrieb beschäftigten Beamten.

10. Die Mitarbeiterzahl war gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Löhne und Gehälter erhöhten sich aufgrund der tariflichen Entgeltanhebung.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Haltung von Fahrzeugen und Geräten	67.159,12	87.327,83		
Kraftstoffe	48.049,05	52.212,06		
Kostenerstattungen Landkreis u.a.	25.594,50	21.798,43		
Unterhaltung der Immobilien	11.678,62	27.140,26		
Materialien	10.816,91	13.384,65		
Strom, Gas, Wasser	12.321,93	12.568,44		
Geräte und Ersatzteile	7.806,41	8.378,43		
Dienst- und Schutzkleidung	6.348,04	7.934,21		
Deponiekosten	7.434,54	7.459,06		
Versicherungen	9.692,57	6.453,89		
Übriges	21.690,01	16.846,40		
	228.591,70	261.503,66	257.500,00	+ 4.003,66

11. Im Haushaltsplan waren für Sach- und Dienstleistungen ursprünglich 270.000,00 € vorgesehen. Aufgrund einer geänderten Kontenzuordnung wurden hiervon 12.500,00 € zum Posten „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ umgegliedert.
12. Die Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen und Geräten stiegen aufgrund mehrerer Reparaturen an den LKW's und am Containeranhänger.
13. Die Kosten für die Unterhaltung der Immobilien stiegen wegen zusätzlicher Maßnahmen an Friedhöfen und Kriegsgräbern.

Abschreibungen	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Abschreibungen auf Sachanlagen	84.785,83	87.909,93		
	84.785,83	87.909,93	100.000,00	- 12.090,07

14. Bezüglich der Abschreibungen verweisen wir auf unsere Ausführungen zum Anlagevermögen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Darlehnszinsen	26.163,61	25.222,82		
Zinsen für Kontokorrentkredite	129,31	201,60		
	26.292,92	25.424,42	32.000,00	- 6.575,58

15. Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten ganz überwiegend Darlehnszinsen gegenüber der Samtgemeinde Elbtalau.

Sonstige ordentliche Aufwendungen	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Rechnungsprüfung	7.565,00	6.052,00		
Fernmeldeaufwand	3.089,80	4.375,98		
EDV	2.199,83	2.742,56		
Büromaterial	468,14	325,62		
Übriges	9.921,66	9.170,51		
	23.244,43	22.666,67	12.500,00	+ 10.166,67

III. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
Erträge				
Schadensersatz	14.788,29	20.121,49		
Periodenfremde Erträge	76.593,49	19.638,65		
Verkauf von Sachvermögen	11.000,00	10.220,00		
Auflösung von Rückstellungen	12.985,40	0,00		
Übriges	9,60	0,00		
	115.376,78	49.980,14		
Aufwendungen				
Vermögensabgang	8.106,06	14.198,74		
Geleisteter Schadensersatz	5.669,86	3.639,84		
Forderungsausbuchungen	6.153,62	0,00		
Periodenfremde Aufwendungen	2.656,71	1.482,87		
Übriges	338,14	0,00		
	22.924,39	19.321,45		
	92.452,39	30.658,69	0,00	+ 30.658,69

IV. Jahresergebnis

Jahresergebnis	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz Haushaltsplan	mehr (+) weniger (-)
	€	€	€	€
	93.790,16	23.151,78	0,00	+ 23.151,78
	93.790,16	23.151,78	0,00	+ 23.151,78

B. Bilanz

I. Aktiva

Immaterielles Vermögen	31.12.2008	€	1,50
	31.12.2007	€	1,50

16. Unter den immateriellen Vermögensgegenständen werden die vom Eigenbetrieb Hitzacker übernommenen EDV-Programme ausgewiesen; sie sind vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bewertet.

Sachvermögen	31.12.2008	€	1.298.344,67
	31.12.2007	€	1.249.112,67

17. Das Sachvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen	31.12.2008
	€	€	€	€	€
Bebaute Grundstücke	608.333,78	13.539,05	0,00	-8.202,05	613.670,78
Infrastrukturvermögen (Friedhöfe)	264.497,39	0,00	0,00	-5.046,00	259.451,39
Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	349.774,00	130.788,10	-14.197,74	-69.669,36	396.695,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	26.507,50	7.013,52	-1,00	-4.992,52	28.527,50
	1.249.112,67	151.340,67	-14.198,74	-87.909,93	1.298.344,67
Vorräte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	1.249.112,67	151.340,67	-14.198,74	-87.909,93	1.298.344,67

18. Das abnutzbare Sachvermögen wird linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauern orientieren sich an den im RdErl. MI Nds. v. 4.12.2006 vorgegebenen Werten bzw. an den steuerlichen AfA-Tabellen.
19. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von 150 € bis 1.000 € werden seit 2008 entsprechend § 47 Abs. 2 GemHKVO in einen Sammelposten eingestellt und mit jährlich einem Fünftel abgeschrieben.
20. Die ursprünglich vom Eigenbetrieb Dannenberg stammenden abnutzbaren Vermögensgegenstände sind in der Anlagenübersicht mit den historischen Anschaffungskosten und den kumulierten Abschreibungen erfasst. Die ursprünglich vom Eigenbetrieb Hitzacker stammenden abnutzbaren Vermögensgegenstände sind in der Anlagenübersicht mit dem Buchrestwert erfasst. Die Gegenstände wurden nach den steuerlich vorgegebenen Nutzungsdauern abgeschrieben.

21. Die **Zugänge** zum Sachvermögen betreffen folgende Gegenstände:

Zugänge	2008
	€
Claas Traktor	81.479,00
Mitsubishi	22.560,00
Einbruchmeldeanlage	13.539,05
Balkenmäher	10.300,00
Seitenmäher	9.800,00
Geringwertige Vermögensgegenstände	7.013,52
Citroen Berlingo	2.500,00
Grünbrachehäcksler	1.500,00
Motorsäge	1.439,10
PKW-Anhänger	1.210,00
	151.340,67

22. Als **Abgänge** werden folgende Gegenstände gezeigt:

Abgänge (Buchwerte)	2008
	€
Mäher Köppl Luchs-Hydro	6.162,60
Straßenkehrmaschine	6.054,20
Renault Rapid	1.500,00
Motorsäge	477,94
Fiat Iveco	1,00
Rasentraktor	1,00
Uni Seitenmäher	1,00
Rasenmäher	0,50
Peugeot Doka	0,50
	14.198,74

Finanzvermögen

Öffentlich-rechtliche Forderungen	31.12.2008	€	21.892,40
	31.12.2007	€	25.497,12

23. Die öffentlich-rechtlichen Forderungen betreffen den hoheitlichen Friedhofs- und den Straßenreinigungsbereich. Einzel- bzw. Pauschalwertberichtigungen sind nicht gebildet worden.

Sonstige privatrechtliche Forderungen	31.12.2008	€	134.683,56
	31.12.2007	€	161.239,45

24. Die privatrechtlichen Forderungen betreffen den nicht-hoheitlichen Betriebshofsbereich. Einzel- bzw. Pauschalwertberichtigungen sind nicht gebildet worden.

Sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2008	€	57.543,52
	31.12.2007	€	0,00

25. Es handelt sich i. W. um den Straßenreinigungsanteil der Stadt Dannenberg (25.168,89 €) und um den Verlustausgleich 2006 für den ehemaligen Eigenbetrieb „Betriebshof“ der Samtge-

meinde Dannenberg (31.336,14 €; im Vorjahr bei den „Sonstigen privatrechtlichen Forderungen“ ausgewiesen).

Liquide Mittel **31.12.2008** € **58.483,00**
31.12.2007 € 279.503,67

26. Die flüssigen Mittel setzen sich aus dem Kassenbestand und den Guthaben bei Kreditinstituten zusammen. Die Bestände sind durch Kassenbestandsaufnahmen bzw. durch gleichlaufende Kontoauszüge auf den Bilanzstichtag nachgewiesen.

	31.12.2008	31.12.2007
	€	€
Kassenbestände	98,78	149,98
Bankguthaben	58.384,22	279.353,69
	58.483,00	279.503,67

Aktive Rechnungsabgrenzung **31.12.2008** € **4.877,15**
31.12.2007 € 3.904,68

27. Zum 31.12.2008 werden vorausgezahlte Beamtenvergütungen gezeigt.

II. Passiva

Nettoposition

Reinvermögen **31.12.2008** € **708.609,14**
31.12.2007 € 708.609,14

28. Das Reinvermögen darf in zukünftigen Haushaltsjahren grundsätzlich nicht geändert werden, da es den Ausgangsmaßstab zur Beurteilung der Einhaltung der intergenerativen Gerechtigkeit bildet.

Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses **31.12.2008** € **52.969,99**
31.12.2007 € 51.632,22

29. Gemäß Beschluß des Rates wurde der Überschuß des ordentlichen Ergebnisses des Jahres 2007 in Höhe von 1.337,77 € den Rücklagen zugeführt.

Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses **31.12.2008** € **92.452,39**
31.12.2007 € 0,00

30. Gemäß Beschluß des Rates wurde der Überschuß des außerordentlichen Ergebnisses des Jahres 2007 in Höhe von 92.452,39 € den Rücklagen zugeführt.

Jahresüberschuß	31.12.2008	€	23.151,78
	31.12.2007	€	93.790,16

31. Über das Jahresergebnis ist noch zu beschließen.

Sonderposten

Investitionszuweisungen und –zuschüsse	31.12.2008	€	4.838,00
	31.12.2007	€	0,00

32. Im Berichtsjahr wurde ein Zuschuß von der VGH für den Einbau einer Einbruchmeldeanlage im Bauhof „Am Dömitzer Damm“ in Höhe von 5.000,00 € vereinnahmt. Er wird entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschußten Anlage über 18 Jahre aufgelöst.

Gebührenaussgleich	31.12.2008	€	12.612,37
	31.12.2007	€	23.434,04

33. Der Sonderposten für Gebührenaussgleich setzt sich wie folgt zusammen:

	€
Anfangsstand (Korrektur Eröffnungsbilanz)	23.434,04
Auflösung	-10.821,67
Endstand	12.612,37

34. Es handelt sich um die Gebührenüberdeckung der Straßenreinigung zum 31.12.2008. Über den Betrag liegt eine Aufstellung des Fachdienstes Haushalt der Samtgemeinde Elbtalaue vor.

Schulden

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	31.12.2008	€	557.012,67
	31.12.2007	€	623.993,68

35. Die Zusammensetzung:

	Dannenberg	Hitzacker	Gesamt
	€	€	€
Anfangsstand	367.210,30	256.783,38	623.993,68
Tilgungen	-33.382,74	-33.598,27	-66.981,01
Neuaufnahmen	0,00	0,00	0,00
	367.210,30	223.185,11	557.012,67

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.12.2008	€	36.768,94
	31.12.2007	€	146.088,06

36. Der Postensaldo ist durch eine Saldenliste belegt. Vom Gesamtbetrag entfallen 19.870,99 € auf die Samtgemeinde Elbtalaue.

Sonstige Verbindlichkeiten	31.12.2008	31.12.2007
	€	€
Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	4.908,94	5.912,60
Sonstige durchlaufende Posten	790,57	16.670,83
Andere sonstige Verbindlichkeiten	278,00	0,00
	5.977,51	22.583,43

Rückstellungen

Rückstellungen für Altersteilzeit	31.12.2008	€	35.160,00
	31.12.2007	€	0,00

37. Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde für einen Mitarbeiter gebildet, der die Altersteilzeitregelung nach dem sog. Blockmodell in Anspruch nimmt. Die Arbeitsphase läuft vom 01.06.2008 bis zum 31.05.2010 und die Freistellungsphase vom 01.06.2010 bis zum 31.05.2012. Die Bewertung erfolgte nach handelsrechtlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines biometrischen Abschlags von 2 % und ist mit 5,5 % p.a. abgezinst.

Andere Rückstellungen	31.12.2008	€	46.273,01
	31.12.2007	€	49.128,36

38. Die Rückstellungen weisen im Einzelnen folgende Beträge auf:

	31.12.2006	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2007
	€	€	€	€	€
Urlaubsansprüche	34.628,36	-34.628,36	0,00	34.273,01	34.273,01
Jahresabschlusserstellung u. -prüfung	14.500,00	-8.500,00	0,00	6.000,00	12.000,00
	49.128,36	-43.128,36	0,00	40.273,01	46.273,01

39. Die Rückstellung für Urlaubsansprüche der Mitarbeiter ist aus den individuellen Bruttomonatsbezügen zuzüglich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung auf der Grundlage der am Bilanzstichtag noch offenen Jahresurlaubstage ermittelt.

Fragenkatalog zur Prüfung gemäß § 53 HGrG

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Es gilt die am 02.11.2006 vom Rat der Samtgemeinde Elbtalaue beschlossene Geschäftsordnung für den Samtgemeinderat, den Samtgemeindeausschuss, die Ratsausschüsse und die aufgrund besonderer Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse. Daneben sind in § 3 der Betriebssatzung die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Werksleitung ausreichend vorgegeben. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Eigenbetriebes. Ein Geschäftsverteilungsplan ist bei einer einzügigen Betriebsleitung nicht erforderlich.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Der Werksausschuss tagte viermal; es wurden Sitzungsprotokolle erstellt.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Werksleiter gehört keinem Aufsichtsrat oder sonstigen Kontrollgremium an.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Im Anhang wird die Vergütung für die Werksleitung nicht genannt, weil dies nicht vorgeschrieben ist. Erfolgsbezogene Entgeltbestandteile bestehen nicht.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ein schriftlich fixierter Organisationsplan ist nicht vorhanden.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Die Frage ist mangels Organisationsplan nicht anwendbar.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Es gelten die für die Samtgemeinde Elbtalaue verabschiedeten Vorkehrungen gleichermaßen für den Eigenbetrieb.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Schriftlich fixierte Richtlinien für wesentliche Entscheidungsprozesse sind nicht vorhanden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die Verträge werden ordnungsgemäß verwaltet.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Die Haushaltsplanung entspricht den Bedürfnissen des Betriebes.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Die Planabweichungen werden unterjährig und am Ende des Wirtschaftsjahres analysiert.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht grundsätzlich den Bedürfnissen des Betriebes. Die von der Samtgemeinde Dannenberg (Elbe) für die Finanz- und Anlagenbuchhaltung zur Verfügung gestellte Software „New System Kommunal“ der Firma Infoma ist hinsichtlich der Auswertungsmöglichkeiten jedoch verbesserungsfähig. So sind auf den Konten der Finanzbuchhaltung die Eröffnungsbestände nicht unmittelbar ersichtlich. In der Anlagenbuchhaltung ist eine schnelle Übersicht über die Art der Abschreibung und die Nutzungsdauer nicht möglich.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Es erfolgt eine ständige Überwachung der Liquidität.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management besteht nicht.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Nach unserem Eindruck ist durch die regelmäßige Erfassung und Abrechnung der Arbeitsberichte grundsätzlich sichergestellt, dass die Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden. Mahnläufe erfolgen unregelmäßig nach Bedarf.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?

Eine Abteilung Controlling besteht nicht und ist aufgrund der Größe des Betriebes auch nicht erforderlich. Einzelaufgaben werden von der Werksleitung wahrgenommen.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Der Betrieb hält keine Beteiligungen.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Spezielle Frühwarnsignale sind bisher nicht definiert worden. Der Haushaltsplan beinhaltet auch Risikoeinschätzungen und ermöglicht Soll/ Ist-Vergleiche.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Weitere Maßnahmen zur Risikoabwehr oder -begrenzung sind nicht erforderlich.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Haushaltsplanung ist durch die vorgegebene Gremieneinbindung dokumentiert.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Der Haushaltsplan wird jährlich entsprechend dem wirtschaftlichen Umfeld entwickelt.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. anti-zyklisches Hedging)?**

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- **Erfassung der Geschäfte**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse**
- **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Zu a) bis f): Derartige Geschäfte werden nicht getätigt.

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**
- b) **Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**
- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/ Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**
- d) **Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**
- e) **Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**
- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Eine eigene Revisionsabteilung besteht nicht. Teilaufgaben werden von der Werksleitung wahrgenommen.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Anhaltspunkte für die Nichteinholung erforderlicher Zustimmungen liegen nicht vor.

- b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Derartige Kreditgewährungen sind nicht erfolgt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Ein solches Vorgehen ist nicht erkennbar.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Die Anschaffungen werden im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung geplant und angabegemäß vor der Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Die Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen werden nach unserem Eindruck laufend überwacht und Abweichungen untersucht.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Wesentliche Überschreitungen bei Investitionen waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Dafür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

Fragenkreis 9: Vergaberegulungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Offenkundige Verstöße gegen Vergaberegulungen haben wir nicht festgestellt.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Vor der Vergabe größerer Investitions- und anderer Aufträge werden - soweit nicht technische Belange oder andere Erfordernisse Abweichungen begründen - mehrere Konkurrenzangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Nach den Protokollen der Sitzungen des Werksausschusses hat die Werksleitung den Werksausschuss über die Geschäftsentwicklung informiert.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Unseres Erachtens vermitteln die Berichte an den Werksausschuss einen zutreffenden Eindruck von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Der Werksausschuss wurde zeitnah informiert. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen haben wir nicht festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Es ist kein Bericht gemäß der oben genannten Gesetzesgrundlage angefordert worden.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Uns liegen keine Anhaltspunkte dafür vor.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung besteht nicht.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Interessenkonflikte sind uns nicht bekannt geworden.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen ist nicht festgestellt worden.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Die Bestände sind angemessen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Wesentliche stille Reserven sind nach unseren Erkenntnissen nicht vorhanden.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Interne Finanzierungsquellen bestehen in Form der erwirtschafteten Jahresüberschüsse, Sonderposten und Rückstellungen (11 % bzw. 1 % bzw. 5 % der Bilanzsumme). Als externe Finanzierungsquellen dienen das Basis-Reinvermögen und die Schulden (45 % bzw. 39 % der Bilanzsumme). Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestanden am Bilanzstichtag nicht.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Der Eigenbetrieb bildet keinen Konzern.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport hat eine Kriegsgräber-Pflegekostenpauschale in Höhe von 12.288,30 € gewährt.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Der Eigenbetrieb ist ausreichend mit Eigenkapital ausgestattet.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Gemäß § 82 Abs. 7 NGO i.V.m. § 95 NGO ist der Jahresüberschuss den Rücklagen zuzuführen. Dies begegnet keinen finanzierungstechnischen Bedenken.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

**a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/
Konzernunternehmen zusammen?**

Das ordentliche Jahresergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2008
	T€
Friedhöfe	38
Straßenreinigung	2
Betriebshof	-47
Ordentliches Jahresergebnis	-7
Außerordentliches Ergebnis	30
Gesamtergebnis	23

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis wurde nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Der Stundenverrechnungssatz gegenüber der Samtgemeinde wird entsprechend der Ergebnisentwicklung gegebenenfalls angepasst. Das Darlehen der Samtgemeinde ist seit 2006 zu marktüblichen Konditionen zu verzinsen.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Es bestehen keine Konzessionsvereinbarungen.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Einzelne Verlust bringende Geschäfte waren nicht zu verzeichnen.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Es wurde ein Jahresüberschuss erzielt.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Besondere Maßnahmen sind nicht geplant.